

Verschuldung ölfördernder Länder: der Rohstofffluch in Krisenzeiten

Die Gesundheitskrise, die die Weltwirtschaft lähmt, hat auch zu einem historisch einmaligen Ölpreissturz geführt – mit dramatischen Folgen für die erdölproduzierenden Länder Afrikas, die für die Begleichung ihrer Auslandsschulden weitgehend von dieser Einnahmequelle abhängen. Auch die Schweizer Erdölhändler, die sich längst in eine Art Banken für diese fragilen Staaten verwandelt haben, müssen Schuldenerlasse gewähren, wie dies die UNO fordert.

ANNE FISHMAN

Was sind die Folgen der Covid-19-Krise für die Schuldenlast der rohstoffreichen afrikanischen Länder? Negative Wachstumsprognosen für Staaten wie Kongo-Brazzaville, den Tschad oder den Südsudan, die bereits heute hoch verschuldet sind, lassen eine Verschärfung der bestehenden Probleme befürchten. Aktuelle und künftige Einkommensausfälle aufgrund der Pandemie werden die finanzielle Sicherheit dieser Länder sowie ihre Aussichten auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung dauerhaft beschädigen.

Aufgrund ihres hohen Verschuldungsgrads sind diese Länder schlecht gerüstet, die gesundheitlichen Herausforderungen der Krise zu bewältigen und die dafür notwendigen Investitionen in das Gesundheitssystem tätigen zu können. Zudem laufen sie Gefahr, nicht mehr genügend Kapazitäten für die Bekämpfung anderer Epidemien wie Masern oder Ebola zu haben.

Doppelt bestraft

Durch das Überangebot und den pandemiebedingten Einbruch der Energienachfrage sind die Erdölpreise drastisch gesunken – bisweilen sogar bis in den negativen Bereich. Von über 60 US-Dollar im Januar 2020 fiel der Preis für ein Barrel der Sorte Brent bis Ende April auf rund 20 Dollar. Dieser Einbruch der Preise verschärft die Verschuldung der erdölproduzierenden Länder, die auf diese Einnahmen angewiesen sind.

Zunächst einmal wurden die vor Covid-19 erarbeiteten Budgetpläne drastisch nach unten revidiert. Das Beispiel Nigerias, der führenden Ölproduzentin auf dem afrikanischen Kontinent, ist bezeichnend. In Nigeria ist Erdöl für 90 Prozent

der Exporterlöse und mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen verantwortlich. Die Pandemie wird zu einem dramatischen Einnahmeverlust führen: Bei einem Gesamtbudget von 35 Milliarden für das Jahr 2020 könnten gemäss der UN-Wirtschaftskommission für Afrika 14 bis 19,2 Milliarden Dollar wegfallen. Die Prognosen basieren jedoch auf einem Rohölpreis von 57 Dollar und nicht auf den 20 Dollar, auf die er Mitte Mai fiel. Der Schock für Nigeria dürfte daher noch wesentlich brutaler ausfallen. Am 28. April hat der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Darlehen in der Höhe von 3,4 Milliarden Dollar gesprochen, um die Regierung von Präsident Muhammadu Buhari bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu unterstützen.

Afrikanische Ölförderländer werden von der gegenwärtigen Situation doppelt bestraft. Denn viele von ihnen haben bei Rohstoffhändlern hohe Kredite aufgenommen – im Austausch gegen künftige Erdöllieferungen. Zum kleinen Kreis der privaten Gläubiger gehören auch die Schweizer Handelsfirmen Glencore und Trafigura. Die reale Schuldenlast der staatlichen Unternehmen gegenüber den Händlern erhöht sich mit den eingebrochenen Erdölpreisen zusätzlich: Sie müssen nun viel mehr Öl liefern, um die gleichen Darlehen zurückzahlen zu können.

Cash gegen Erdöl: ein Teufelskreis

Diese undurchsichtigen, mit Rohstofflieferungen abgesicherten Kredite garantieren den Händlern praktisch ein exklusives Recht auf Erdöl. Oft sind die Bedingungen für die Produktionsländer

ungünstig oder können sich schnell als nachteilig erweisen, etwa aufgrund von überrissen hohen Zinssätzen oder Rückzahlungsbedingungen, die Abwärtstrends bei den Preisen nicht berücksichtigen.

Solche Kredite verschlingen das Erdöl förmlich – und verschlechtern die finanzielle Situation der rohstoffreichen Länder so unbemerkt wie kontinuierlich. So musste die Regierung von Südsudan von 2017 bis 2018 73 Prozent ihrer Öleinnahmen allein zur Rückzahlung der ölgestützten Kredite verwenden, die sie von der staatlichen chinesischen Erdölgesellschaft und von Trafigura erhalten hatte. Gerade einmal 1,4 Prozent der Einnahmen kamen letztlich dem Staat zugute.

Noch krasser ist der Fall des Tschad. In den Jahren 2013 und 2014 nahm die staatliche Erdölgesellschaft «Société des hydrocarbures du Tchad» bei Glencore zwei Darlehen in Höhe von fast zwei Milliarden Dollar auf. Der Preiszerfall im Jahr 2014 führte dazu, dass die Rückzahlung dieser Darlehen zeitweise 85 Prozent der Erdöleinnahmen ausmachte. Drei Jahre später waren die finanziellen Verpflichtungen der Erdölgesellschaft gegenüber Glencore so erdrückend, dass der IWF die Gewährung eines neuen Kredits von der Umstrukturierung des Darlehens des Zuger Konzerns abhängig machte.

Undurchsichtige Kredite, versteckte Schulden

Die dunklen Seiten dieser «Vorfinanzierungen» zeigen sich emblematisch am Fall der Republik Kongo. Im Jahr 2019 beliefen sich deren Schulden gegenüber den beiden Schweizer Konzernen Glencore und Trafi-

gura auf 1,7 Milliarden Dollar, was 18,1 Prozent des BIP des Landes entsprach. Gemäss offiziellen Angaben. Doch unter Präsident Sassou-Nguesso sind offizielle Zahlen mit Vorsicht zu geniessen. Mehrere Fälle von Veruntreuung sind gut dokumentiert.

Seit über 30 Jahren setzt Brazzaville als Finanzierungsmodell auf solche Kredite gegen Erdöllieferungen. Trotz Warnungen des IWF verpfändet das Land seine Produktion weiterhin über komplexe und undurchsichtige Vereinbarungen. Dadurch hat der IWF nicht einmal klare Informationen über die tatsächliche Verschuldung von Kongo-Brazzaville und kann den Teufelskreis kaum stoppen. So beschränkt sich die Organisation darauf, die Regierung dazu aufzufordern, mit den Rohstoffhändlern über eine «nachhaltigere» Umschuldung zu verhandeln.

Public Eye weist wie zahlreiche andere Organisationen und Institutionen, die sich mit dem Rohstoffsektor befassen, schon lange auf die fehlende Transparenz bei erdölgestützten Krediten hin. Die Brookings Institution, ein in Washington ansässiger Think Tank, hat kürzlich in einer Studie zur Verschuldung afrikanischer Länder festgehalten, dass nachteilige Be-

stimmungen in Rohstoffkreditvereinbarungen «negative wirtschaftliche und soziale Folgen» haben können. Empfohlen wird eine Risikoteilung zwischen Gläubigern und erdölproduzierenden Ländern, um negative Auswirkungen grosser Preisschwankungen aufzufangen.

Es stellt sich zudem die Frage, ob die Staaten unter den Bedingungen der aktuellen Pandemie überhaupt in der Lage sind, die benötigten Mengen zu produzieren und zu liefern, um ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Wegen der Undurchsichtigkeit dieser Deals ist es schwierig, die Tiefe des durch die Corona-Krise entstehenden finanziellen Abgrunds abzuschätzen. Klar ist: Es wird die arme Bevölkerung dieser Länder sein, welche den höchsten Preis bezahlen wird.

Schutz für die Schwächsten

Angesichts des befürchteten Ausmasses der Krise wurden bereits im März Forderungen nach einem Moratorium auf die Rückzahlung von Staatsschulden für die ärmsten Länder laut. Staaten, deren Infrastruktur und Gesundheitssystem der Bekämpfung der Pandemie nicht gewachsen sind und die keine Milliarden zur Unter-

stützung der betroffenen Bevölkerung aufwerfen können.

Am 13. April hat der Internationale Währungsfonds beschlossen, für einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten den 25 der ärmsten Länder der Welt – unter ihnen der Tschad – insgesamt 500 Millionen Dollar für ihren Schuldendienst zur Verfügung zu stellen. Damit soll den Ländern ermöglicht werden, «einen höheren Anteil ihrer knappen finanziellen Ressourcen für die medizinische Versorgung und andere lebenswichtige Nothilfemassnahmen zu verwenden». Die Höhe der Zahlen deutet an, wie gravierend das Problem ist: Seit Beginn der Krise hat der IWF weltweit über 21,6 Milliarden US-Dollar an Krediten bereitgestellt, davon etwa 9,6 Milliarden US-Dollar für Subsahara-Afrika.

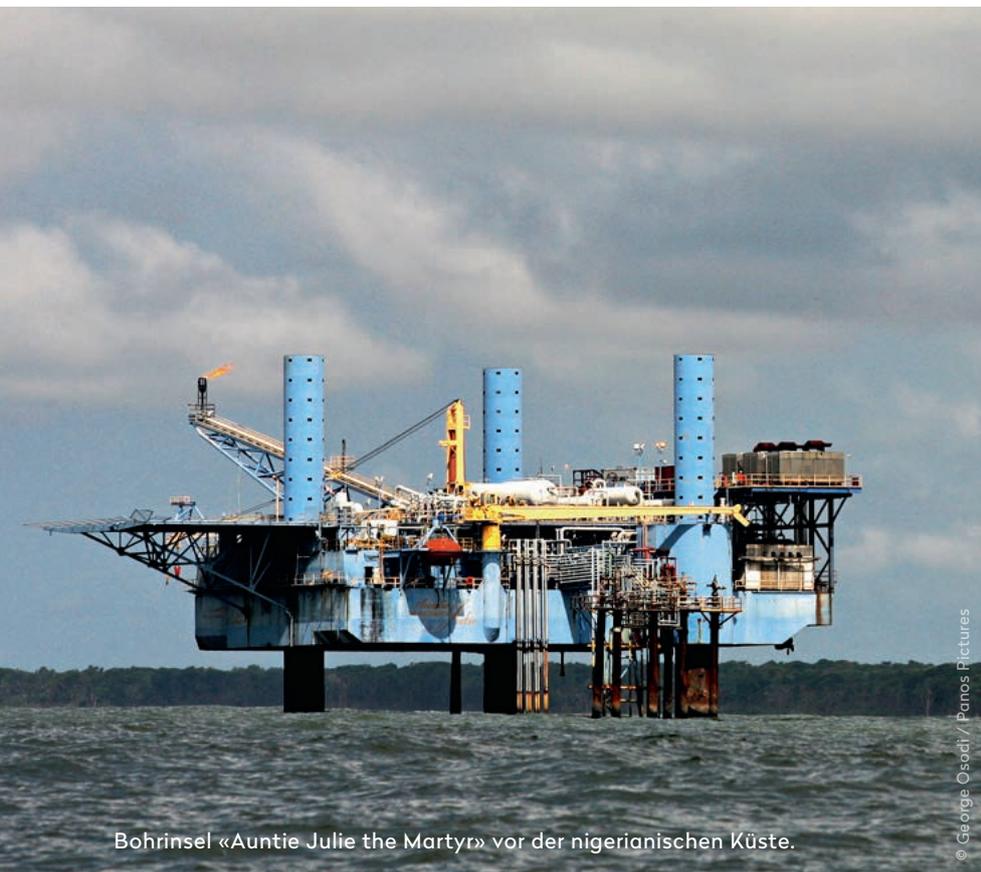
In einem Bericht betont das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP, wie wichtig ein «gezielter Schuldenerlass für Länder mit untragbarer Verschuldung» ist. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit, dass nicht nur öffentliche, sondern auch private Gläubiger das Schuldenmoratorium einhalten, und zwar zu denselben Bedingungen. Damit soll verhindert werden, dass öffentliche Gelder letztlich privaten Unternehmen statt Staaten zugutekommen. Dem Beispiel des IWF folgend, haben auch die G20 private Gläubiger aufgefordert, ihre Rückzahlungspläne auszusetzen.

Wie die Händler reagieren

Für die Rohstoffhändler scheint derzeit aber eher das Bestreben im Zentrum zu stehen, möglichst von den neuen Marktbedingungen zu profitieren: Sie nutzen die Volatilität, um Rohöl zu kaufen, das sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder veräussern wollen – in sechs Monaten beispielsweise, sollte der Preis bis dahin wieder angestiegen sein. In den ersten Monaten der Pandemie wurden für die Händler deshalb die Kapazitäten zur Erdöllagerung zu einem zentralen Thema. Da die Lagerkapazitäten an Land schnell erschöpft waren, wichen die Trader auf geankerte Tanker auf hoher See, leere Eisenbahnwaggons und sogar auf Kavernen in Salzstöcken aus.

Die stotternde Wirtschaft hat zu einer Kettenreaktion geführt, die auch vor den Produktionsstätten nicht haltmacht. Ende März legte Glencore seine Ölfelder im Tschad wegen «Beeinträchtigung der internationalen Mobilität, des Transports und der Lieferketten» still. Zwei Wochen später setzte in Sambia die Glencore-Tochtergesellschaft Mopani Copper Mines den

30



Bohrinsel «Auntie Julie the Martyr» vor der nigerianischen Küste.

© George Osodi / Panos Pictures



Betrieb aus, wodurch etwa 11 000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Die sambische Regierung reagierte verärgert und drohte mit Lizenzentzug, weil sie über den Schritt nicht rechtzeitig informiert worden war. Anfang Mai wurde die Produktion zwar für voraussichtlich 90 Tage wieder hochgefahren, aber Mopani Copper Mines hält grundsätzlich an der geplanten Stilllegung fest.

Schliessungen von Produktionsstätten haben nicht nur dramatische Folgen für die Menschen, die direkt oder indirekt von diesen Arbeitsplätzen abhängen, sondern verschärfen auch die Wirtschaftskrise in Ländern, für die ihr Rohstoffreichtum mehr denn je ein Fluch ist. Anfang April beklagte sich die neue Chefin der «Swiss Trading and Shipping Association» STSA, Rohstoffhändler würden als zu Unrecht «schlechte Menschen dargestellt, die auf dem Rücken anderer viel Geld verdienen». Und Glencore kündigte die Einrichtung eines Unterstützungsfonds in Höhe von 25 Millionen Dollar an. Damit soll Nothilfe an die bedürftige Bevölkerung in den Ländern geleistet werden, in denen die Firma tätig ist. Doch ist das mehr als eine Imagepolitik?

Zum Zeitpunkt, als diese Zeilen geschrieben werden, hat der Zuger Konzern jedenfalls noch keine Stellung zu einem Schuldenerlass für den Tschad oder Kongo-Brazzaville bezogen. Beiden Ländern steht das Wasser bis zum Hals. Im April einigten sich die kongolesische Regierung und der Ölhandelskonzern Orion in einer Vereinbarung auf einen Schuldenschnitt von 30 Prozent und einen viermonatigen Tilgungsaufschub. Mit Glencore und Trafigura laufen zumindest Gespräche – in der Hoffnung, günstigere Bedingungen aushandeln zu können.

Doch vorerst scheinen die meisten privaten Gläubiger nicht bereit zu sein, einen Schuldenerlass in Betracht zu ziehen. Ebenso wenig wie die Banken, obwohl diese direkt involviert sind: Denn oft sind sie es, die den Händlern die Kredite zur Verfügung stellen, welche dann den Regierungen der Rohstoff-Länder gewährt werden.

Der Bundesrat muss Farbe bekennen

Ohne Hilfsmassnahmen werden die erdölproduzierenden Länder durch die Folgen der Pandemie und des Preiszerfalls finanziell ausbluten und danach noch viel ärmer dastehen als zuvor. Die Krise zeigt

in drastischer Weise, dass es Schranken braucht, sowohl vonseiten der betroffenen Regierungen als auch der Handelshäuser: Mit Erdöl abgesicherte Kredite dürfen nicht mehr als Multiplikator wirken, der die Verschuldung der ressourcenreichen Entwicklungsländer immer weiter erhöht.

Doch wie positioniert sich unser Land zu diesen Fragen? Im April hat der Bundesrat beschlossen, «internationale Aktionen» zugunsten von Entwicklungsländern mit 400 Millionen Franken zu unterstützen – die Hälfte davon als Darlehen. Am 27. Mai kündigte die Regierung zudem einen Beitrag von 115 Millionen Franken an die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) an, an der die Schweiz seit 2005 beteiligt ist. Das sind wichtige Signale – wobei sie nicht über die Tatsache hinwegtäuschen sollten, dass die Schweizer Quote für öffentliche Entwicklungshilfe unter dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten liegt.

Die Schweiz als Sitzstaat mehrerer Rohstoffhandelskonzerne, die sich zu Bankiers der afrikanischen «Erdölstaaten» gemacht haben, sollte sich dafür einsetzen, dass die ärmsten Länder wie von der UNO verlangt einen Schuldenschnitt erhalten. ■